



Beat Schmid
stv. Chefredaktor

Obama, der Kriegspräsident

Im Herbst 2008 kam Barack Obama nach Berlin. 200 000 Menschen jubelten dem jungen, charismatischen Demokraten zu, der wenige Wochen später zum 44. Präsidenten der USA gewählt werden sollte. Wie sehr er sich damals von George W. Bush unterschied, dem Cowboy aus Texas, der gegen den Irak in den Krieg zog. Sechs Jahre später wird aus Obama, der 2009 den Friedensnobelpreis erhielt, selbst ein Kriegspräsident. Seine aggressive Rede vor der UNO hätte aus der Feder seines Vorgängers stammen können.

Die Ausgangslage ist freilich eine ganz andere. Der Feldzug gegen das Saddam-Regime war durch nichts zu rechtfertigen. Die angeblich existierenden irakischen Massenvernichtungswaffen entpuppten sich als glatte Geheimdienstlüge, die das Vertrauen zwischen den USA und ihren wichtigsten Partnern erschütterte. Heute rücken die Staaten wieder enger zusammen. Der Sicherheitsrat stimmte diese Woche einstimmig einer Resolution des US-Präsidenten zu. Das militärische Vorgehen gegen den «Islamischen Staat» scheint breit abgestützt. Die barbarischen Enttauptungen sind real, auf Youtube im Internet abrufbar.

Eine andere Frage ist, ob es Obama gelingen wird, den Islamischen Staat (IS) zurückzudrängen. Das militärische Arsenal dazu hat er. In der Luft sind die hoch technisierten Streitkräfte überlegen. Doch das wird nicht ausreichen, um den IS zu vernichten. Die USA setzen deshalb auf Rebellen, die am Boden die blutige Drecksarbeit erledigen sollen. Sie sind ein erheblicher Unsicherheitsfaktor. Wer kontrolliert diese Truppen? Wie viele braucht es überhaupt? Es gibt viele unbekannte Variablen in diesem Krieg.

Zu einer verlässlichen Grösse in dieser wirren Welt steigt ausgerechnet der syrische Machthaber Bashar al-Assad auf. Sein politisches Kalkül scheint aufzugehen: Lange liess er den IS in seinem Staat gross und mächtig werden, mit dem Ziel vor Augen, dass der Westen später auf ihn setzen muss, um das Problem zu lösen. Schon Napoleon wusste: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Diese Entwicklung war absehbar. Zu lange liess Obama die Lage in Syrien ausser Kontrolle geraten. Jetzt muss er mit einem der blutigsten Diktatoren zusammenspannen, der in seinem Land 800 000 Menschenleben auf dem Gewissen hat.

2 ISLAMISTEN

London: Reiseziel Nummer eins

GENÈVE Am 4. Oktober beginnen in vielen Kantonen die Herbstferien. Das Online-Reisebüro Ebookers.ch hat die Buchungen der Schweizer analysiert. Zu den beliebtesten Flugdestinationen von Zürich aus gehören in den Kalenderwochen 41/42 London, Palma de Mallorca und Berlin. Neu in den Top-20 vertreten sind Athen, Stockholm und Miami. Nicht mehr dabei im Vergleich zum Vorjahr sind Prag, Madrid und San Francisco. (BWF)

EDU und VPOD fassen Abstimmungsparolen

OLTEN/ZÜRICH Die Delegierten der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) lehnen sowohl die Ecopop-Initiative als auch jene zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung ab. Ja sagen sie hingegen zur Gold-Initiative. Über alle drei Vorlagen wird das Schweizer Volk am 30. November dieses Jahres abstimmen. Ebenfalls gestern Samstag haben sich die Delegierten der Gewerkschaft VPOD in Zürich getroffen. In Bezug auf die Ecopop-Initiative waren sie sich mit der EDU einig. Bei den anderen beiden Vorlagen fassten sie jedoch die gegenteilige Parole. (RED)

Nachlässige Kupferdiebe verraten sich selbst

SUGIEZ FR Die Freiburger Polizei hat am Freitag zwei Kupferdiebe festgenommen, wie sie gestern mitteilte. Ihr war ein verdächtiges Fahrzeug mit französischem Nummernschild aufgefallen. Als sie dem Auto folgten, löschte der Fahrer das Licht und bog bei einem Kreisel in eine Nebenstrasse ein, die unter den Autobahnviadukt führt. Daraufhin hielt das Fahrzeug an, und die drei Insassen flüchteten zu Fuss. Zwei konnte die Polizei festnehmen. Es handelt sich um Rumänen ohne festen Wohnsitz. Im Fahrzeug der Diebe stellte die Polizei fast 1000 Kilogramm Kupfer im Wert von über 10 000 Franken sicher. (RED)

Unfall mit Kleinflugzeug: Zu kurze Landebahn

WANGEN-LACHEN SZ Ein 33-Jähriger Pilot landete am Freitag nachts in der Wiese, weil er nicht rechtzeitig bremsen konnte. Wie die Kantonspolizei Schwyz am Samstag mitteilte, war sein Landeanflug zu hoch. Verletzt wurde niemand. Am Flugzeug entstand allerdings Sachschaden. (RED)

WETTER

Meist sonnig
Im Flachland beginnt der Tag mit Hochnebel, der sich im Verlauf des Vormittags auflöst. Ansonsten ist es überall sonnig und mild. 32

GEWINNZAHLEN

Swiss Lotto:

2	5	7	8	12	36
Glücks-Zahl					
6					
Replay-Zahl					
1					

Die Gewinne:

6 GZ	0 à CHF	-
6	1 à CHF	1 000 000.-
5 GZ	7 à CHF	13 621.80
5	5 à CHF	1 000.-
4 GZ	399 à CHF	171.30
4	2 511 à CHF	67.95
3 GZ	6 017 à CHF	28.65
3	35 923 à CHF	9.60

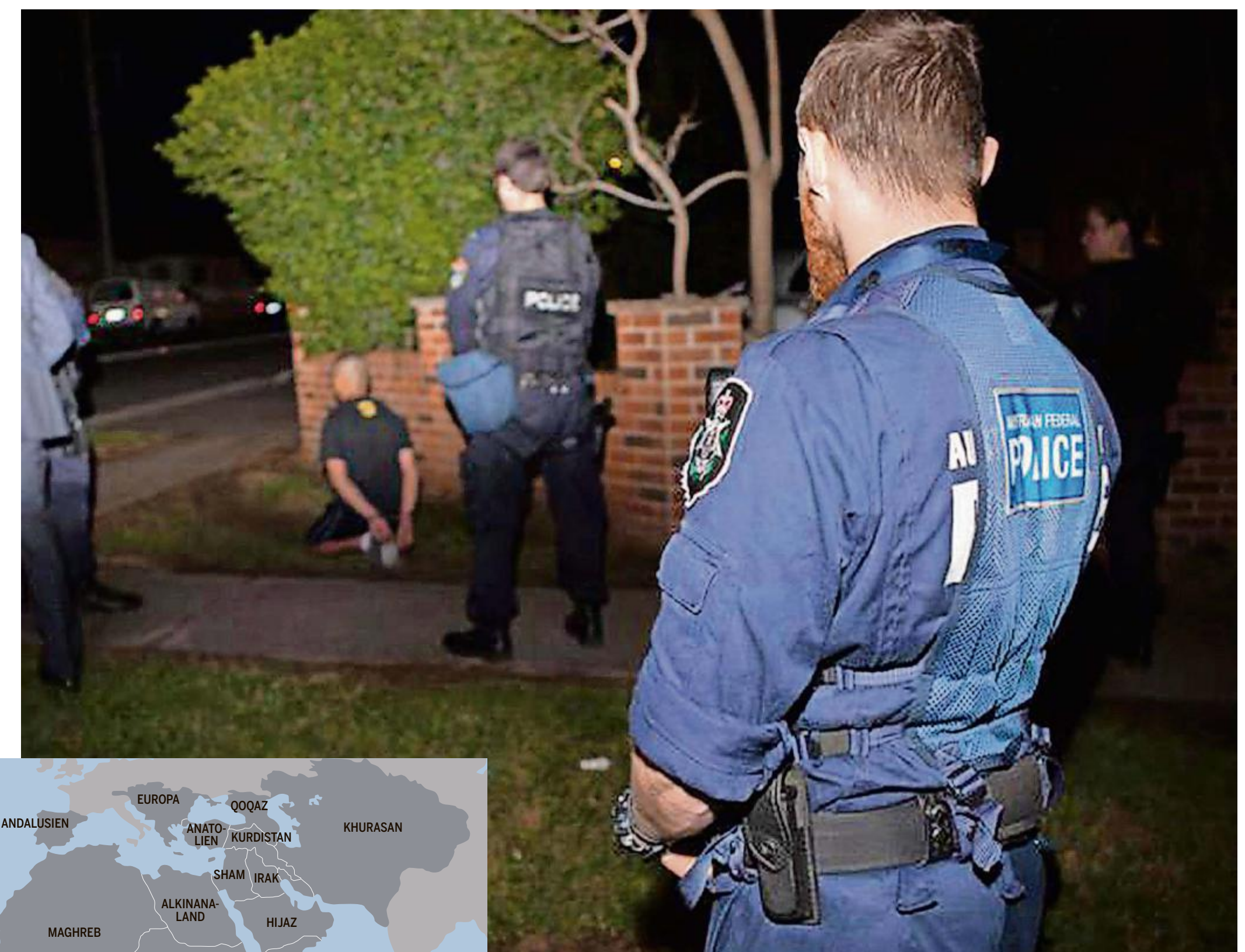
Jackpot 6 Mio. Franken

Joker:

3	6	6	2	3	0
5					
6					
4					
3					
2					

Euro Millions:

13	27	35	46	47
Stern 1/2				



Australien (grosses Bild), Deutschland, Schweiz: In diesen und weiteren Ländern wurden IS-Verdächtige verhaftet. Auf der Landkarte des selbst ernannten Kalifs Abu Bakr al-Baghdadi reicht der «Islamische Staat» bis nach Österreich (links).

So rüstet sich die Schweiz gegen IS-Krieger

Gesetze in Vorbereitung – was Parlamentarier fordern, ist meist aufgrund internationaler Abkommen sowieso nötig

VON CHRISTOF MOSER, ALAN CASSIDY, HENRY HABEGGER UND PATRIK MÜLLER

Beim Chaos des Weltgeschehens über die Schweiz herein, treibt das auch die Pulsfrequenz im sonst eher gemächlich pochenden politischen Herz des Landes hoch. So wie diese Woche, als publik wird, dass drei Iraker als mutmassliche Sympathisanten des «Islamischen Staats» (IS) in der Schweiz einen Terroranschlag geplant haben sollen. Es ist die dritte Sessionswoche, und sofort rattern parlamentarische Vorstösse aus den Druckern in der Wandelhalle: Ein- und Ausreiseperrnen für Dschihadisten, Strafgesetzkartikel gegen die Rekrutierung und Ausbildung von islamistischen Kämpfern, Verbot der Terrororganisation IS.

Aufgabe der Parlamentarier ist das Legifizieren, also das Gesetzmachen. So gesehen ist gegen die Vorstösse nichts einzuwenden. Nach akuten Ereignissen neigen die Volksvertreter allerdings zum Hyperventilieren. Dabei wirken die Medien wie die Stromstösse eines Defibrillators auf einen Herzmuskel.

Als der Bundesrat am Montag auf Anfrage von CVP-Nationalrätin Ida Glanzmann «keine unmittelbare drohende Störung der inneren oder äusseren Sicherheit» durch den «Islamischen Staat» erkennen kann und daher von

einem IS-Verbot absehen will, titelt «Blick» tags darauf: «Alle gegen IS – nur die Schweiz schläft».

Mit Ruhepuls betrachtet, lässt sich jedoch feststellen: Gesetzliche Regelungen gegen die Gefahr des IS-Terrorismus sind entweder bereits vorhanden oder auf den Weg gebracht. Zudem entlarvt die globale Kampf gegen den islamistischen Terrorismus das Bundeshaus als Regionalparlament mit beschränktem Einfluss. Die relevanten Entscheidungen sind längst im Europarat in Strassburg oder in der UN-Vollversammlung in New York gefallen. Dort sind fremde Gesetzgeber und Richter am Werk, die im Fall der koordinierten Terrorbekämpfung selbst in der SVP akzeptiert werden. Gesetzesänderungen, wie sie diese Woche im Bundeshaus gefordert wurden, muss die Schweiz aufgrund internationaler Abkommen ohnehin beschliessen.

DAS REKRUTIERUNGS- und Ausbildungsverbots für islamistische Söldner, das Parlamentarier verlangen, ist exemplarisch für den unnötigen Aktivismus im Bundeshaus. «Militärdienst für eine fremde Armee» steht nach Artikel 94 des Militärstrafgesetzbuches bereits heute unter Strafe. Die Bestimmung gilt «auch bezüglich Formationen, welche zur Kriegsführung bestimmt, völkerrechtlich aber nicht als reguläre Truppen anerkannt sind», wie der Bundesrat schon in der

Frühjahrsession in der Antwort auf einen Vorstoss von SVP-Nationalrat Lukas Reimann festhielt. Schweizer, die für den IS in den Kampf ziehen, machen sich also auch ohne weitere Gesetzesbestimmung strafbar.

Eine Gesetzeslücke besteht hingegen bei in der Schweiz Niedergelassenen ohne Bürgerrecht, also zum Beispiel Asylbewerber, die sich von Terrororganisationen als Söldner anwerben lassen. Doch hier haben die Politiker mit ihren Forderungen diese Woche offene Türen eingeirannt. Die Lücke muss die Schweiz aufgrund der am 11. September 2012 unterzeichneten «Übereinkunft des Europarats zur Terrorverhütung» so oder so schliessen.

Mit dem Abkommen verpflichtet sich die Schweiz, sowohl die «Anwerbung» als auch die «Ausbildung für terroristische Zwecke» unter Strafe zu stellen. Eine Arbeitsgruppe des Bundesamts für Polizei (Fedpol) und des Bundesamts für Justiz (BJ) arbeitet bereits an den entsprechenden Gesetzesartikeln. «Die Einführung einer oder mehrerer Strafnormen, die Rekrutierung und Ausbildung von Personen zur Ausübung terroristischer Taten explizit unter Strafe stellt, wird in der Vernehmlassungsverfahren zur Ratifizierung des Europarats-Übereinkommens geprüft», bestätigt BJ-Sprecher Raphael Frei.

Auch das Verbot des IS gilt in der Schweiz de facto bereits, ungeachtet der

40 Parlamentarier von links bis rechts, die letzte Woche den Vorstoss von SVP-Nationalrätin Andrea Geissbühler für ein sofortiges IS-Verbot per Notrecht unterstützen.

MASSGEBEND ist das al-Kaida-Verbot, das die Bundesversammlung im November 2001 nach den Terroranschlägen in New York beschlossen hat und auch «verwandte Organisationen» erfasst, die wie folgt definiert sind: «Tarn- und Nachfolgegruppierungen der al-Kaida und Organisationen und Gruppierungen, die in Führung, Zielsetzung und Mitteln mit der al-Kaida übereinstimmen oder in ihrem Auftrag handeln».

Dieses Verbot ist allerdings bis Ende 2014 befristet. Von den zahlreichen Vorstössen zum Thema IS ist deshalb nur jener von CVP-Präsident Christophe Darbellay wirklich sinnvoll: Er will bei der Verlängerung des al-Kaida-Verbots die IS explizit erwähnen.

Trotzdem dürfte der IS im Bundesrat noch zu reden geben, wie Bundesrat Ueli Maurer gestern in einem Interview mit «Le Temps» sagte. Grund dafür ist die von den USA diese Woche im UN-Sicherheitsrat durchgebrachte Dschihadisten-Resolution gegen so genannte «Foreign Fighters». Die Resolution 2178 ist für alle UN-Mitgliedstaaten bindend und gibt sehr konkret vor, was gegen den IS unternommen werden muss. So

sollen nicht nur Reisen in den Dschihad unter Strafe gestellt werden, sondern auch Geldgeber für Terror-Trips.

Was sich daraus in der Schweiz für Handlungsbedarf ergibt, wird unter anderem die Sicherheitspolitische Kommission (SiK) des Nationalrats an der nächsten Sitzung besprechen, wie SiK-Präsident Thomas Hurter sagt (siehe Interview rechts).

AUCH DIE SCHWEIZER ARMEE ist in der Terrorbekämpfung international eingebunden. Während die SVP an der Heimatfront den Austritt aus der Nato-definitiv nicht will, fordert die «Partnerschaft für den Frieden» forderte, haben Angehörige der Armee, darunter Armeeführer André Blattmann, diese Woche an einer Übung von Sonderereinsatzkräften in Dänemark teilgenommen. Das Armee-Aufklärungsdetachment 10 (AAD 10) käme beim Bedrohungsszenario «IS-Attacken im Inland» in erster Priorität zum Einsatz.

Nach dem Motto «Das Undenkbare denken» studierten Schweizer Offiziere auch die Landkarte des IS, die zeigt, wie weit das Kalifat der Islamisten dereinst reichen soll. Der Nahe Osten, Nordafrika und auch Teile Osteuropas gehören dazu – inklusive Österreich. In der Schweizer Armee hält man die Karte zwar für eine «Spinnerei», warnt aber auch davor, die «irrationalen Extremisten» nicht ernst zu nehmen.

«Etwas mehr Sicherheit zulasten der Freiheit»

Thomas Hurter, Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK), zur IS-Gefahr

VON PATRIK MÜLLER

Herr Hurter, ist die Schweiz genügend vorbereitet, um die islamistische Gefahr im Inland zu bannen?

Thomas Hurter: Uns fehlen gewisse Instrumente, um potenzielle Täter rechtzeitig aufzuspüren. Es geht vor allem um die Überwachung der Kommunikation und des Internets sowie um Standortüberwachungen, wo wir rechtlich zu eingeschränkt sind. Heute kann man, vereinfacht gesagt, jemanden nur überwachen, wenn er eine Straftat begangen hat oder ein Straftatbestand muss schnellstmöglich ermittelt werden. Die Revision des Nachrichtendienst-Gesetzes schafft hier Abhilfe.

Diese Gesetzesänderungen sind umstritten, die Kritiker befürchten eine Neuaufgabe des Fichen-Staats. Nutzen Sie jetzt die IS-Gräueltaten, um die Verschärfungen durchzubringen?

Die Gefahr, die von Terrorismus, Wirtschaftsspionage und Cyberkriminalität ausgeht, hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Dafür müssen wir präventiv besser gerüstet sein – und das war schon lange vor dem Aufkommen des IS klar. Es trifft sicher zu, dass die aktuellen Ereignisse der Gesetzesrevision Aufwind geben. Sie zeigen der Bevölkerung auf, dass es diese Bedrohungen gibt, und zwar in einer neuen Dimension.

Besteht nicht die Gefahr, dass der Nachrichtendienst in diesem Klima übers Ziel hinausschiessen wird?

Wir wollen nicht ins Zeitalter der Fichen zurück. Das revidierte Gesetz er-

laubt die präventive Überwachung zu einem relativ frühen Zeitpunkt, aber unter klaren Voraussetzungen, und es braucht mehrstufige Bewilligungen. Wir sollten es auch in einem größeren Zusammenhang sehen: Es braucht eine neue Balance zwischen Sicherheit und Freiheit. Wir sprechen heute von etwa 15 Fällen pro Jahr.

Also weniger Freiheit zugunsten von mehr Sicherheit?

Eine Justierung in diese Richtung halte ich für nötig. Auch wir Schweizer leben nicht mehr in einer heilen Welt. Das Böse macht nicht an der Grenze Halt, und wir bieten Angriffsflächen für Extremisten. Denn die Schweiz ist für die Welt systemrelevant: Wegen unserer geografischen Lage mitten in Europa haben wir eine grosse logistische Bedeutung, viele systemrelevante Firmen sind in der Schweiz, der Rohstoffhandel läuft zu einem grossen Teil über unser Land, und auch der Finanzplatz ist global relevant.

Heisst dies, dass es nicht nur beim Nachrichtendienstgesetz, sondern auch anderswo Handlungsbedarf gibt?

Mit dieser Frage werden wir uns an der nächsten Sitzung der SiK befassen. Bevor wir mit der Beratung des Nachrichtendienstes fortfahren, werden wir über die neuen Bedrohungen reden, im Zusammenhang mit dem IS. Man wird sehen, ob es weitere Massnahmen braucht.

Schweizer Bürger, die in den Dschihad ziehen, können bei ihrer Rückkehr in die Heimat verhaftet werden, weil Söldnerdienste ein Straftatbestand

sind. Ausländer, die in der Schweiz leben, können aber nicht belangt werden. Ein Problem?

Auch darüber werden wir in der SiK reden. Ebenso über ein Verbot des IS. Ich bin nicht dagegen, mache mir aber auch keine Illusionen, dass ein Verbot nicht viel bewirken würde. Al-Kaida hat man auch verboten, aber es kam zu keinem einzigen Fall, wo dieses Verbot zur Anwendung gekommen wäre.

Sie kommen aus dem Kanton Schaffhausen, wo ein Iraker verhaftet wurde, der angeblich Anschläge geplant hat. Der Hinweis kam von einem ausländischen Geheimdienst. Zeigt das, dass der Schweizer Nachrichtendienst überfordert ist?

Für mich bedeutet dieser Fall vielmehr, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Nachrichtendienst des Bundes und ausländischen Organisationen funktioniert.

Der Islamische Zentralrat der Schweiz und sein Präsident Nicolas Blanco fallen mit teilweise fragwürdigen Äusserungen auf, die in Deutschland wohl Konsequenzen hätten. Sind wir im Umgang mit dieser Organisation zu naiv?

Auch da meine ich, dass wir etwas mehr Sicherheit zulasten der persönlichen Freiheit brauchen. Die Schweiz handelt meist etwas später als andere Länder, das sahen wir auch bei den Zutrittskontrollen für öffentliche Gebäude. Wir sind nach wie vor ein sehr sicheres Land, aber es braucht ein wachsames Auge.

Sorgt mit ihren Aufrufen für Empörung: Nora Illi

Nora Illi sorgte im April für Empörung, als sie Musliminnen im Teenager-Alter rühmte, die nach Syrien in den Kampf gegen «Assads Schergen» zogen: «Daran ist aus islamischer Sicht auch gar nichts auszusetzen. Eine solche Überzeugung muss man, in den hiesigen Kontext übersetzt, als Zivilcourage hoch loben.»

AUCH BEI SCHWEIZER MUSLIMEN

stösst das auf heftige Kritik. «Warum lassen die Behörden in der Schweiz so einen Aufruf zu? Für mich gehört diese Frau Illi vor Gericht! Was sie predigt, hat nichts mit Islam zu tun!» kommentiert auf der Zentralrats-Website eine Muslimin das Dschihad-Lob der ehemaligen Punkerin Nora Illi. Eine andere Muslimin schreibt: «Sie machen hier alle, vor allem den Westen, verantwortlich dafür, dass diese Kinder in den Krieg ziehen, und wagen es nicht mal einen einzigen Moment, jene dafür verantwortlich zu machen, die eine systematische Gehirn-



Sorgt mit ihren Aufrufen für Empörung: Nora Illi. KEYSTONE